

**Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim
18.11.2013 – Dr. Angela Siebold: Integration im Westen – Transformation im Osten? Zur
Geschichte Gesamteuropas in den „1989er Jahren“.**

Zur Referentin: Dr. Angela Siebold ist akademische Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die deutsch-polnische Erinnerungskultur, Migrationsgeschichte und die Geschichte Europas seit dem Ende des Kalten Krieges. Sie studierte in Heidelberg Mittlere und Neuere Geschichte, Politische Wissenschaft und Erziehungswissenschaft. Ihre Magisterarbeit hat sie über den Wandel der offiziellen Geschichtspolitik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen geschrieben. Sie absolvierte Praktika, Forschungs- und Auslandsaufenthalte bei der Körber-Stiftung in Hamburg, am Deutschen Historischen Institut in Paris, am Deutschen Historischen Museum in Berlin und an der Jagiellonen Universität in Krakau. 2008 war sie für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten in Hamburg tätig und von 2008 bis 2011 Stipendiatin der Gerda-Henkel-Stiftung. Seit Sommer 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg. Seit Herbst 2012 hat sie die Ernst Klett-Dozentur inne, die gemeinsam am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und an der Professur für Public History angesiedelt ist. Im Oktober 2012 wurde sie mit ihrer Arbeit „Zwischen Grenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven“ promoviert. Weitere Informationen unter <http://www.uni-eidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegek/histsem/mitglieder/siebold.html>

Dr. Siebold beginnt ihren Vortrag mit der Feststellung, dass sich in den letzten 25 Jahren des 20. Jahrhunderts das Bild Europas gewandelt hat. Der Grund dafür liegt vor allem in zwei historischen Entwicklungen: der europäischen Integration und dem Ende des Kalten Krieges. Beides entwickelte sich parallel zueinander und es erstaunt, dass diesem Zusammentreffen bisher weder in der historischen noch in der sozialwissenschaftlichen Forschung Beachtung geschenkt worden ist. Die Geschichte West- und Osteuropas wurde als eine Geschichte der Integration auf der einen und der Transformation auf der anderen Seite meist getrennt voneinander erzählt, obwohl beide Entwicklungen das heutige Europa entscheidend prägen. Welche konkreten Auswirkungen hatten sie gerade in ihrem Aufeinandertreffen? Wie hat sich dadurch das Verhältnis zwischen West und Ost in den vergangenen 30 Jahren gewandelt? War die Trennung vor 1989 wirklich so stark, wie es die Rede vom Blocksystem erscheinen lässt? Bis zum Ende des Kalten Krieges war der europäische Kontinent in West und Ost geteilt – politisch und auch in der Wahrnehmung vieler Menschen, letzteres oft bis heute. Die Bezeichnung „Gesamteuropa“ suggeriert aber bereits, dass Europa mehr ist als Westeuropa. Im Folgenden stellt Dr. Siebold die „89er Jahre“ in ihrer gesamteuropäischen Bedeutung vor und beantwortet die Frage, inwiefern sich West und Ost in dieser Zeit gegenseitig beeinflussten.

Die „89er Jahre“ – Raumrevolution, Integration und Transformation unter neuen Perspektiven! Ereignis oder Zäsur?

Das Jahr „1989“ steht als Symbol für einen Systemzerfall und einen neuen Aufbruch. Auf der einen Seite bedeutete die Zäsur „1989“ das Ende der zweigeteilten Welt und das Ende des Kommunismus als Konkurrenzsystem zur westlichen Welt. Auf der anderen Seite wurden Prozesse in Gang gebracht, die die postkommunistischen Staaten, aber auch ganz Europa veränderten. Die Referentin versteht „1989“ nicht nur als Ereignis, sondern als Übergangszeit, die „89er Jahre“. Diese beginnt – ausgelöst vor allem durch die Gründung der Solidarność-Bewegung – in Ostmitteleuropa zu Beginn der 1980er Jahre. Sie endete frühestens mit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und hält in mancherlei Hinsicht bis heute an.

Grenze in den Köpfen: Europa bleibt Westeuropa

Bis 1989 war klar, wo das westliche, demokratische Europa endete, nämlich entlang des „Eisernen Vorhangs“. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Ost-West-Teilung Europas politisch aufgelöst und die östlichen Grenzen wurden neu diskutiert. Die Zuschreibungen „West“ und „Ost“ sind Produkte unserer Wahrnehmung, geprägt von der jahrzehntelangen Teilung: Im politischen Westen war Europa vor allem Westeuropa, inklusive Österreich oder Finnland, Länder, die geographisch teilweise östlicher liegen als Polen, Tschechien oder das Gebiet der ehemaligen DDR. Bestärkt durch die Europäische Integrationspolitik meinte „Europa“ zunehmend die Nationalstaaten, die sich durch ihre gemeinsame Westbindung, durch ihre Bündniszugehörigkeit zur NATO, durch ihr marktwirtschaftliches und demokratisches System definierten. Hier darf nicht vergessen werden, dass einige südeuropäische Staaten wie Spanien, Portugal oder Griechenland das Kriterium der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg lange nicht erfüllten. Zu einer tatsächlichen Demokratisierung des gesamten westeuropäischen Raums kam es erst im Laufe der 1970er Jahre.

Heute würde wohl niemand mehr behaupten, dass Europa an der Oder endet. Doch welche Länder östlich der Oder zu Europa gehören, wurde und wird noch immer diskutiert. Dabei zeigt sich, dass das Gebiet der ehemaligen DDR schnell in die Vorstellung des europäischen Raums aufgenommen wurde. Länder, die östlich der DDR lagen, mussten sich, auch wenn sie sich von Grund auf als „europäisch“ verstanden, mit einem solchen Perspektivwechsel noch gedulden.

Wie sieht der „Osten“ Europa?

Spätestens ab dem Jahr 1989 strebten Polen und andere ostmitteleuropäische Länder ihre „Rückkehr nach Europa“ an. Diese Formulierung zeigt bereits, dass sich mehrere Länder östlich des „Eisernen Vorhangs“ als europäisch verstanden und auf gemeinsame Traditionen (Religion, demokratische Werte) verwiesen. Die Zugehörigkeit zu Europa bedeutete bis 1991 somit auch die Nichtzugehörigkeit zum sowjetischen Einflussbereich. Diese „Abgrenzungsrealität“ galt zumindest für oppositionelle Gruppen. Damit war allerdings kein klares politisches Konzept verbunden, sondern nur eine wenig präzise, aber grundsätzliche politisch-kulturelle Zugehörigkeit. Unter „Europa“ verstand man im Osten aber eben nicht das Konzept, das sich im Westen herausgebildet hatte.

Das westliche Europakonzept konkretisierte sich gerade während der Umbruchphase in Ostmitteleuropa unter dem Schlagwort der Europäischen Integration: Wenige Monate nach dem Fall der Berliner Mauer folgte die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags, der zur Gründung der Europäischen Union führte. Sie verstärkte zunächst die Ost-West-Teilung: So wurde die deutsch-polnische Grenze nach ihrer Anerkennung im Jahr 1990, zunächst die Außengrenze der Europäischen Union und blieb noch bis 2007 die Schengener Außengrenze. Bis zur EU-Osterweiterung zeichnete sie also – die DDR ausgenommen – die Grenze entlang des „Eisernen Vorhangs“ nach. Dass das Bild vom „geteilten Europa“ auch nach 1989 in Ostmitteleuropa eine prägende Kraft hatte und immer noch hat, zeigt sich z.B. daran, dass dort häufig von einem „Neuen Eisernen Vorhang“ gesprochen wird, wenn es um diese Außengrenzen geht.

Integration im Osten: Integration der mittel- und osteuropäischen (MOE)-Staaten vor dem EU-Beitritt

Auch im Osten hatte es Integrationsbemühungen gegeben, z.B. als Reaktion auf die OEEC im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zudem tauchten alternative Europakonzepte auf, die ein Gesamteuropa als „dritte Kraft“ zwischen den USA und der Sowjetunion sahen. Besonders nach der KSZE-Schlussakte von Helsinki verstärkte sich im Osten die Vorstellung eines

friedlichen Gesamteuropas.

Als zu Beginn der 90er Jahre die Sowjetunion ihr Ende fand, war für viele nicht selbstverständlich, dass sich Ostmitteleuropa an der Europäischen Union orientieren würde, was etwa die Gründung der Visegrád-Gruppe zeigt, die versuchte, unter den ostmitteleuropäischen Staaten eine verstärkte Zusammenarbeit, offene Grenzen und einen wirtschaftlichen Austausch zu forcieren. Selbst für die DDR war die Zukunft zwischen dem Mauerfall und der sogenannten Wiedervereinigung durchaus offen – zumindest wurden verschiedene Konzepte diskutiert. Sie reichten von einer „alternativen Wiedervereinigung“ über den Artikel 146 des Grundgesetzes, wie es etwa Jürgen Habermas forderte, über eine Konföderation der beiden deutschen Staaten nach der Idee Hans Modrows bis zu einem „Dritten Weg“, den das „Neue Forum“ vorschlug. Die Zeit zwischen dem Sommer 1989 und der Mitte der 1990er Jahre war damit auch eine Zeit der alternativen Optionen, wie Europa nun gestaltet werden könnte. Durchgesetzt hat sich die Annäherung der ostmitteleuropäischen Staaten an die EU.

Es wird bis heute nicht berücksichtigt, welche eigenen Ideen die ostmitteleuropäischen Staaten in den europäischen Einigungsprozess einbrachten. Doch in der Diskussion, die in West und Ost unterschiedlich geführt wurde, sowie am Wandel der gegenseitigen Wahrnehmungen von den 1980er Jahren bis heute zeigt sich, wie sehr sich das Bild Europas und die Gestalt der EU auch durch das Ende des Kalten Krieges veränderten, und vor allem, dass die Integrationsgeschichte der MOE- Staaten wie auch die Transformationsgeschichte des Westens nicht erst mit der EU-Osterweiterung 2004 begannen. Seit Anfang der 1990er Jahre, spätestens aber seit dem offiziellen Antrag auf eine Mitgliedschaft in der EU 1994, sah sich Polen auf dem Weg hin zu einem unabhängigen, demokratischen Nationalstaat im Rahmen der europäischen Einigung, welche sich nun auch auf den Osten ausweiten sollte. Die „EU-Osterweiterung in den Köpfen“ entwickelte sich in Polen also zu einem frühen Zeitpunkt und viele Ostmitteleuropäer orientierten sich schon gut zehn Jahre vor ihrer tatsächlichen Mitgliedschaft an der Europäischen Union.

Aber auch auf politischer Ebene begann kurz nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ eine engere Vernetzung. Bereits im September 1989 schlossen Polen und die EWG ein „Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ab. Dem folgten weitere Abkommen; 1991 etwa vereinbarten mehrere EG-Staaten mit der neu gegründeten polnischen Republik den visafreien Reiseverkehr. Neben solchen zwischenstaatlichen Vereinbarungen entwickelte sich auch eine Zusammenarbeit zwischen der EU und denjenigen Staaten, die ihr schließlich 2004 beitraten. 1994 stellten mehrere ostmitteleuropäische Staaten offiziell ihr Beitrittsgesuch. Mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen Ende der 1990er Jahre gingen umfassende Anpassungen dieser Staaten an die Vorgaben der EU einher. Die Vorbereitung auf den Beitritt lenkte ihre Transformation in bestimmte Bahnen, die zwar den Beitritt beförderten, aber auch eigenständige Reformbestrebungen unterbanden. Daher sprechen Kritiker dieses Prozesses von „Anpassung“ statt von „Transformation“.

Transformation im Westen durch und nach 1989: Wie hat sich der Westen durch das Ende des Kalten Krieges verändert?

Eine Transformation kann man verstehen als eine strukturelle, langfristige und oft grundlegende Veränderung, indem sich ein System über Jahre hinweg in ein anderes verwandelt. Blickt man auf die Geschichte Westeuropas in den letzten Jahrzehnten, so hat hier in vielerlei Hinsicht ein Transformationsprozess stattgefunden. Wie hat das Ende des Kalten Krieges dazu beigetragen? Einerseits wurde der westeuropäische Integrationsprozess dadurch beschleunigt, in einigen Bereichen aber auch verzögert und schließlich in seiner Schwerpunktsetzung beeinflusst.

Die Beschleunigung lässt sich am Umgang mit der „deutschen Frage“ aufzeigen: Eine

verstärkte Europäische Integration galt als Voraussetzung für die deutsche Einheit; die Zustimmung der westlichen Staaten – vor allem Frankreichs – zur sogenannten Wiedervereinigung setzte das klare Bekenntnis der Bundesregierung zu einer verstärkten politischen Zusammenarbeit in Europa voraus.

In einigen Bereichen verzögerte der Fall des Eisernen Vorhangs aber auch westeuropäische Integrationspläne. Das Schengener Durchführungsübereinkommen, „Schengen II“, sollte im Dezember 1990 unterzeichnet werden. Als wenige Wochen zuvor die Berliner Mauer fiel, verschoben die westeuropäischen Staaten auf Drängen der Bundesregierung den Beschluss, die Grenzkontrollen in Westeuropa abzubauen, mit der Begründung, dass die Situation der DDR und der deutsch-deutschen Grenze zu klären sei. Nach den ursprünglichen Plänen wäre sie die gemeinsame Außengrenze des Schengen-Raums geworden. Dafür hätte es verstärkter Kontrollen an dieser Grenze bedurft, was die Bundesregierung deutschlandpolitisch nicht akzeptieren wollte oder konnte.

Das Schengener Abkommen wurde im Zuge der 2+4-Verhandlungen unterzeichnet, aber die Vorstellung, dass die Grenzen der EU nun an einen geöffneten Osten grenzten, führte auch zu Ängsten. Tatsächlich wurden erst fünf Jahre später die ersten Grenzkontrollen abgebaut. Die Angst vor einer unkontrollierten Migration aus dem Osten und Südosten Europas hält bis heute an und zeigt, wie sehr unser Denken noch immer von der Vorstellung des reichen Westens und des armen Ostens geprägt ist. Die Asylrechtsreform 1993 in Frankreich und Deutschland wurde maßgeblich mit den nun „offenen Grenzen nach Osten“ begründet. Die „organisierte Kriminalität“ aus dem Osten wurde zu einem Schreckensbild in vielen Staaten Westeuropas. Klischees von der „polnischen Wirtschaft“ oder den „stehenden Zigeunern“, die im Westen schon lange existierten, wurden wiederbelebt und befeuerten die ohnehin schon bestehenden Debatten um „Schein“ oder „Wirtschaftsasyllanten“, vor allem in Deutschland. Sie mündeten zu Beginn der 1990er Jahre in die sogenannte Asyldebatte und die Anschläge auf Asylbewerberheime in West- und Ostdeutschland, in deren Folge die Bundesregierung das im Grundgesetz verankerte Asylrecht grundlegend einschränkte.

Welche Fremdbilder etablierten sich in Westeuropa, als der Kommunismus als konkurrierendes System zu bestehen aufhörte? Auf der Suche nach einem „gesamteuropäischen Außereuropa“ ließe sich hier der von Samuel Huntington prognostizierte „Clash of Civilizations“, also der Kampf der Kulturen, nennen. Dass der islamische Kulturkreis als das zentrale Gegenmodell zu Europa gesehen wird, hat ebenso historische Wurzeln, wie etwa die Angst vor der „gelben Gefahr“, also einer asiatischen Übermacht. Diese Fremdbilder waren während des Kalten Krieges von der Abgrenzung zwischen West und Ost überlagert und treten seitdem wieder häufiger hervor.

Wie haben sich die wirtschaftlichen Strukturen in Westeuropa verändert – nicht nur aufgrund der Arbeitsmigration aus Osteuropa, sondern auch aufgrund der neuen Produktionsstätten in Ostmitteleuropa? Diese Entwicklung war vor allem für die Niederlande, Frankreich und Deutschland von Bedeutung, ganz abgesehen von den intensiven Handelsbeziehungen, die sich seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zwischen West und Ost entwickelt haben.

Fazit: Die 1990er Jahre - Die Verflechtung von Europäischer Integration und osteuropäischer Transformation

Die (west)europäische Integration und die (ost)europäische Transformation haben sich gegenseitig beeinflusst. Hierbei zeigte sich, dass besonders die noch bestehenden „Grenzen in den Köpfen“ lange nachwirkten und dass die Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges als Phase des langen Übergangs vom geteilten Europa zur Etablierung eines gesamteuropäischen Raums verstanden werden muss. Im Zentrum steht dabei die Frage, was das Ende des Kalten Krieges ausgelöst und nicht nur, was es beendet hat. Dem Bild des neuen „Gesamteuropas“ steht hier eine zögerliche und skeptische Annäherung von Ost und West gegenüber. Es hat sich gezeigt, dass anhand der Zäsur 1989 grundlegende

Fragen der Identität und der Fremdwahrnehmung sowie des Sicherheitsempfindens europäischer Gesellschaften in einer sich wandelnden Welt nach dem Kalten Krieg diskutiert wurden. Der Geschichte Europas kann man seitdem nur gerecht werden, wenn man westliche und östliche Perspektiven einbezieht. Europa ist seit 1989 nicht nur größer, sondern auch komplexer geworden. Zumindest aber zeigt diese Übergangszeit, dass es keine Zwangsläufigkeiten in der Geschichte gibt und die 1989er Jahre auch als eine Zeit der Optionen – mit durchaus offenem Ende – diskutiert werden sollten.

Diskussion

Entstehen Grenzen nicht grundsätzlich erst im Kopf und dann auf der Landkarte?

Mit Sicherheit entstehen Grenzen nicht zuerst auf der Landkarte. Ab wann kommt einem eine Grenze als natürliche bzw. normale Grenze vor. Es ist ein wechselseitiger Prozess der sich über einen längeren Zeitraum hinzieht. Grenzen können konstruiert sein. Vergleichbar auch mit der Frage: Ist erst die Nation oder der Nationalismus da?

Gibt es eine 89er Generation im Vergleich zur 68er Generation?

Generationen sind historisch konstruiert und bieten den Anlass eine Kollektivbiographie für eine Zeit zu konstruieren.

Eine jüngere Gruppe hat die 89er Zeit nicht bewusst erlebt. Diese sind mit einer Art von Verunsicherungspotential aufgewachsen. Deshalb gibt es für sie keine klaren Antworten auf die Fragen: Wer sind die Guten und wer die Bösen; wo sind die Grenzen und wie geht es in der Zukunft weiter?

Gibt es Zusammenhänge zwischen der NATO-Osterweiterung und der EU-Osterweiterung?

Aus der Perspektive der ost-mitteuropäischen Staaten war die NATO in den 1990er Jahren ein ganz zentraler Aspekt, weil es der erste große und sichtbare Schritt für die Eingliederung in den Westen bedeutete. Die Gleichberechtigung mit dem Westen war ein zentrales Motiv. Spürbar wurden eine Verbesserung in den Beziehungen zu den USA und ein Gewinn von mehr Sicherheit und staatlicher Autorität im Europa nach dem Ende des Blocksystems. Die EU-Osterweiterung wurde groß gefeiert, aber angemahnt, dass manche Europäer „gleicher“ sind als die Oststaaten. Die Grenzkontrollen waren noch nicht abgebaut und auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht umgesetzt (kam ab 2011).

War Mittel-Ost-Europa eine eigene Zone?

Für diese Frage existiert keine richtige Antwort. Diese Diskussion gibt es bereits sehr lange. Wie nennt man diese Region, über die wir sprechen eigentlich? Ostmittel-Europa oder Mittel- und Ost-Europa oder Mitteleuropa oder nur Osteuropa? Beginnt die Region bereits dort, wo die slawischen Sprachen beginnen? Es gibt unterschiedliche Meinungen und Wahrnehmungen. Diese Frage muss immer wieder politisch neu diskutiert werden.

Die Erweiterung um Rumänien und Bulgarien führt uns in einem Bereich, der uns u.a. kulturell nicht vertraut ist. Wie weit ist eine europäische Ausweitung vorstellbar?

Geographisch ginge das bis zum Ural. Das aber kann doch nicht das Ausdehnungsziel von Europa sein?

Tatsache ist, dass es immer die letzten Länder, die zur europäischen Union kommen, am schwersten haben. Die Konstruktion einer gemeinsamen Identität ist eine Frage der Zeit, aber wir müssen berechtigterweise den Gesichtspunkt einer Überstrapazierung dieser Union beachten.

In den 1990er Jahren wurde die Osterweiterung nicht nur aus rationalen Entscheidungen

getroffen, sondern der Verantwortungsgedanke spielte dabei eine wichtige Rolle. Die westlichen Vorstellungen und die Darstellung in unseren Medien zeigen oft den wilden Osten und die Angst vor einer absteigenden Zivilisierung. Das trifft allerdings bei weitem nicht zu. Europa hat ebenfalls Minderheiten z. B. die Sinti und die Roma. In erster Linie sind diese Gruppierungen EU-Bürger. Die Sinti leben seit mehreren Jahrhunderten im Westen Europas.

Welche anderen Modellvorschläge, neben den bereits genannten, existierten zwischen Mauerfall und Einigungsprozess, und hätten zum Tragen kommen können, wenn wir damals einen sozialdemokratischen Bundeskanzler gehabt hätten bzw. wenn es zu einer eigenstaatlichen DDR gekommen wäre? Hierzu noch der Hinweis: Oskar Lafontaine selbst hat in einem Spiegel-online-Interview (2010) zugegeben, „grundlegend falsch die Einheitseuphorie unterschätzt und das rationale Argument schlichtweg überschätzt zu haben!“.

Kontrafaktische Fragen sind sehr spannende Fragen. Die Verhandlungen um die Deutsche Einigung sind unter großem Zeitdruck abgelaufen und unter klarer Maßgabe der Bundesregierung in dieser Zeit. Umstritten ist auch das Wahlergebnis, ob es ein Ergebnis für die Einigung war.

Kritische Meinungen gab es auch darüber, dass die Deutsche Einheit dem Wahlkampf zum Opfer fiel. Helmut Kohl sagte immer, wir hatten nur dieses historische Zeitfenster zum Handeln, ansonsten wäre es nicht mehr möglich gewesen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der DDR wäre allerdings auch eine spätere Einigung möglich gewesen. Es gab die verschiedenen Optionen und das Bestreben der Oppositionellen, eine demokratische DDR zu begründen, um erst einmal auf Augenhöhe zu verhandeln. Eine Entwicklung, die schnell unterbunden wurde. Die Wiedervereinigung sollten wir heute in Anführungszeichen setzen. Es ist nicht die natürliche oder zwangsläufige Option gewesen, ohne daraus zwangsläufig ableiten zu müssen, was politisch die bessere Lösung gewesen wäre.

Prof. Dr. Michael Gehler ergänzt:

Die DDR war pleite und bankrott. Im Februar 1990 lief dann gar nichts mehr, als Kohl zu Modrow sagte: „Sie erhalten die 15 Milliarden nicht!“ Honecker und Lafontaine dachten über eine Konföderation nach. Sie verfolgten ein mitteleuropäisches Neutralisierungskonzept. Kohl schätzte diese Gefahr realistisch und ernsthaft ein. Es kam nicht dazu. Es gab einfach nicht genug Modrows. Ein Gustáv Husák war kein Modrow. Ein Nicolae Ceauşescu war kein Modrow. Das waren alles Betonköpfe. Und daran ist die DDR auch zu Ende gegangen.

Welche Rolle spielten die polnischen Kaczyński Brüder?

Sie haben nicht gegen Europa argumentiert, sondern gegen die bestehenden Europamodelle, also das Europa der Vaterländer, der souveränen Nationalstaaten. Das hat mit der Frage der Gleichberechtigung zu tun, gehört und gleichermaßen als Nationalstaat anerkannt zu werden. Hier haben sie in der polnischen Bevölkerung viel Zuspruch erhalten. Sie konstruierten eine polnische Nationalgeschichte mit der sie Politik gestalteten. Geschichte im Sinne der Nation zu instrumentalisieren war etwas Positives.